Streit über belastetes Wasser

Giftstoffe im Gebiet des Tanklagers Farge sorgen erneut für Diskussionen

Die Grundwasser-Verunreinigung im Gebiet um das Tanklager Farge beschäftigt demnächst die Bremische Bürgerschaft. Die Fraktion der Linken fordert in einem neuen Antrag eine zügigere Untersuchung und eine rasche Lösung des seit Jahren bekannten Problems. Sie bezweifelt, dass es bereits zu Kriegszeiten zu den Umweltschäden gekommen ist, wie es das Umweltressort vermutet.

VON ALEXANDER PITZ

Bremen. Die Linke will die Sanierung des Jahrzehnte alten Tanklagers in Farge beschleunigen und hat einen entsprechenden Antrag für die nächste Sitzung der Bremischen Bürgerschaft eingereicht. „Wir wollen, dass die Angelegenheit schneller untersucht und das Problem so bald wie möglich behoben wird", sagte Klaus-Rainer Rupp, Umweltpolitiker der Linken, auf Nachfrage dieser Zeitung. Im Zweifel müsse die Anlage eben sofort stillgelegt werden. Die Bundeswehr als Eigentümerin möchte das Tanklager erst Ende Mai 2013 aufgeben. Dann wird auch der derzeitige Betreiber, das Unternehmen Tan Quid, den Betrieb einstellen.

Schon seit Jahren sind der Boden und das Grundwasser unter dem 70 Jahre alten Tanklager vergiftet. Die Kontamination erstreckt sich bis zu 800 Meter in südlicher Richtung, auch Wohngebiete sind betroffen. Das Wasser aus den Gartenbrunnen der Anwohner riecht nach Benzin. Bei Untersuchungen in dem betroffenen Gebiet wurden krebserregende Stoffe nachgewiesen. Vor etwa drei Jahren sprach das Bremer Umweltressort schließlich eine Warnung an die Bewohner von 13 Straßen in Farge aus: Auf die Verwendung von selbst gefördertem Grundwasser solle verzichtet werden. Denn es ist unter anderem mit BTEX kontaminiert – sprich mit Giftstoffen wie Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylole, die aus dem Tanklager ausgetreten sind. Seit 2010 werden einem alten Deputationsbericht zufolge die Schadstoffe abgeschöpft. Die Reinigung könne bis zu zehn Jahre dauern, heißt es.

Über die Umweltschäden auf dem Gelände um das Tanklager in Farge, die bereits seit Jahren bekannt sind, ist erneut ein Streit ausgebrochen. FOTO: CHRISTIAN KOSAK

Das geht der Linken nicht schnell genug. Von möglichen Nierenschäden der Anwohner ist in deren Antrag die Rede. Zudem sind nach Ansicht der Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt noch eine Reihe von Fragen unbeantwortet. Zum Beispiel die zentrale Frage der Ursache für die Verschmutzung: „Die Indizien und Hinweise deuten auf weitere Vorfälle in der jüngeren Vergangenheit und/oder auf permanente Leckagen in Rohrleitungen, Tanks und Abfüllanlagen" hin, heißt es im Antrag. So sei bei weiteren Untersuchungen der Stoff MTBE (Methyltertiär-Butylether) gefunden worden, der erst seit Mitte der 80er-Jahre als Kraftstoffzusatz genutzt worden sei. Bisher sei das Umweltressort aber davon ausgegangen, dass die Ursachen für die Kontaminationen im Zweiten Weltkrieg und der Zeit danach liegen.

Klaus Rainer Rupp will wissen: „Warum gab es nach der eher zufälligen Entdeckung der Vergiftung im Jahr 2007 keine systematische Erforschung der Ursachen." Der Politiker bemängelt, dass die betroffenen Anwohner lediglich mit einem Brief vor drei Jahren auf die Gefahren hingewiesen worden seien.

Die CDU fordert nun ebenfalls Aufklärung: „Wir verlangen unverzüglich Auskunft, ob sich die Gefahr für die Menschen vor Ort erhöht hat und weshalb die Menschen offenbar nicht informiert wurden", erklärte gestern Frank Imhoff, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Brigitte Köhnlein, Sprecherin des Umweltressorts versichert hingegen, es seien zu keinem Zeitpunkt Informationen zurückgehalten worden: „Seit 2009 ist uns das Ausmaß der Verunreinigung bekannt. Damals ist die Öffentlichkeit informiert worden." Auch über den MTBE-Fund sei bereits in einer Deputationssitzung im Jahr 2011 berichtet worden, so Köhnlein. „Wir haben daraus kein Geheimnis gemacht." Es seien umfassende Arbeiten im Gange, um die Umweltschäden so zügig wie möglich zu beseitigen. „Die Frage nach deren Ursache ist dabei nicht entscheidend." Auch die Finanzierung der Säuberungsarbeiten ist Köhnlein zufolge gesichert: „Der Bund kommt für alle Schäden auf."